

Ulrich Rudolph
Kastanienallee 5
19246 Zarrentin am Schaalsee / OT Testorf Tel.: 038851 33466

Die Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Manuela Schwesig
- Staatskanzlei -
Schloßstr. 2-4
19053 Schwerin

Zarrentin, 3. April 2020

Offener Brief

(in Kopie an die gleichermaßen hiermit angesprochenen Abgeordneten aller Landtagsfraktionen)

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

im Zusammenhang mit der sogenannten Corona-Krise wurde heute über die Presse die Absicht Ihrer Regierung bekannt, weitere Restriktionen gegen die Bewegungs- und andere Freiheiten der Bürger unseres Landes wie der unserer Nachbarn durchzusetzen. Insbesondere sollen diese erweiternd im Hinblick auf Ostern gelten. Warum dabei ausgerechnet die lange Linie der Ostseeküste als gewissermaßen Sperrzone erhalten muss, bleibt Ihr Geheimnis – wie es mir überhaupt vollkommen absurd und unverständlich erscheint, dass ausgerechnet auch unser Bundesland als Vorreiter für Willkürmaßnahmen glänzt, die nicht nur völlig unangemessen sondern im allgemeinen Demokratieverständnis wie rechtlich fragwürdig sind.

Warum sehe ich das so?

Erstens kann gerade in unserem Bundesland im eigentlichen Sinne keine Rede von einer wirklich pandemischen Krise sein, was selbst die täglich veröffentlichten Infektionszahlen belegen, ohne dass diese eine wirkliche Aussagekraft beinhalten oder gar den Notstand postulieren. (Sie können im Hinblick auf diese Bemerkung davon ausgehen, dass ich mich seit Wochen ausführlich und umfassend mit der Situation beschäftigt habe und mir alle Argumentationen der deutschen Politik für ihr Handeln bekannt sind.)

Zweitens ergibt sich aus dieser Feststellung und der weiteren luxuriösen Tatsache, dass Mecklenburg-Vorpommern die geringste Bevölkerungsdichte aller Bundesländer aufweist und gleichzeitig die sechsgrößte Fläche, auf der wir überdies die beste Luft atmen und viel offenes Wasser und Licht genießen können, nicht etwa die Notwendigkeit einer Abschottung entlang der sozial (wie viral) unbedeutenden Verwaltungsgrenzen sondern der von Solidarität:

Die Länder Berlin und Hamburg beherbergen deutschlandweit mit Abstand die meisten Menschen auf geringster Fläche. Wenn es einen gesundheitlichen und sozialen Notstand geben sollte, auf den Politik zu reagieren hätte, dann also für die dort Lebenden! Aber nicht durch Einsperren in ihre Straßenschluchten, was durch Reiseverbote, Hinauswurf aus Urlaubsquartieren und Nebenwohnungen oder Ferienhäusern hier und anderswo quasi geschieht. Letzteres übrigens gerade mit Polizeigewalt in unserem Nachbardorf! Dies betrachte ich als eine Schande - und Ihre Absicht, nunmehr auch noch uns „Einheimische“ am Durchstreifen des Landes zu Ostern mit Strafandrohung zu hindern, halte ich für ebenso unwürdig wie unnötig. Genauso wie es unwürdig ist, den Menschen,

die entlang der Landesgrenzen wohnen, deren Überschreitung zu verbieten und so das Erspähen nachbarlicher Autokennzeichen zur „Bürgerpflicht“ mutiert und zum gegenseitigen Anzeigen führt.

Sehr geehrte Frau Schwesig,

als ein um einen zukünftig lebbareren gesellschaftlichen Konsens im Lande sehr besorgter Bürger möchte ich Sie daher auffordern, den genannten Stil Ihrer Regierungspolitik grundlegend zu überdenken und zu einer gebotenen Maßhaltigkeit Ihrer Entscheidungen zu finden. Tragen Sie dazu bei, dass eine wirkliche und alle Lebensbereiche umfassende Krise in Deutschland noch verhindert werden kann. Mit Polizeistaatlichkeit kann und wird das nicht gelingen!

Treffen Sie Entscheidungen, die Solidarität der Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes mit denen aus beispielsweise Berlin und Hamburg ermöglichen, damit jene ihr Immunisierungspotential aufladen können – das einzig gesicherte Mittel gegen jeden Virus. Ich bin sicher, dass diese von der Bevölkerung mitgetragen würden. Setzen Sie in diesem Sinne ein Zeichen auch für das ganze Land – ein positives, kein abschreckendes! Ich z. B. würde gern und ernsthaft jeder bedürftigen Hamburger Familie mit Kindern in einer Woche das Ostereier-Suchen in unserem weitläufigen Garten ermöglichen – sie müssten mich ja dafür nicht unbedingt umarmen... .

Ein mehr nach innen gerichtetes Zeichen könnte und sollte es dagegen sein, beispielsweise die m. E. unsinnige Schließung von Garten- und Baumärkten wieder zurückzunehmen. Dass diese Einrichtungen nicht nur eine wirtschaftliche sondern gegenwärtig eine auch besondere soziale Bedeutung im Hinblick auf das erzwungene Zuhausesein vieler Menschen haben, dürfte Ihnen bekannt sein.

Für den Kulturbereich wäre es in gleicher Verkettung wirtschaftlicher und sozialer Aspekte äußerst hilfreich, könnten die Museen und Galerien in unserem Bundesland alsbald wieder öffnen, die im alltäglichen Ausstellungsbetrieb ohnehin nur Einzelbesucher anziehen. Früher haben wir das eher bedauert, heute ist das eine willkommene Tatsache.

Mit diesen zwei Vorschlägen möchte ich es gern belassen, sie sollten nur andeuten, dass es aus meiner Sicht möglich ist, jenseits von Angstmache mit sattsam bekannten Italien-Bildern, Aktionismus und Verboten einer natürlich besorgten Bevölkerung entgegenzukommen, die Zuversicht braucht. Es ist sicher weiterhin richtig, von Ihrem Amte aus die Menschen zur Vorsicht aufzurufen, auch zu Anteilnahme und Rücksicht, auch Einsichtigkeit für die einen oder anderen Einschränkungen. Aber an letzteren ist es nun genug.

Mit besten Wünschen für Ihre Gesundheit und freundlichen Grüßen –

U. R.

Ulrich Rudolph, Kunstwissenschaftler

(seit 1983 fester Wohnsitz in Mecklenburg)